

Stellungnahme der ÖDP Bayern

1. Klimaschutz und Energiewende massiv voranbringen

a) im Bereich der Energiepolitik

Nicht nur Öl hat den Ertragshöhepunkt überschritten, auch Uran. Deshalb müssen wir unabhängig von der Atomgefahr und dem Klimaproblem so schnell wie möglich auf 100 % Erneuerbare Energien umschalten. Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie sichern langfristig die Energieversorgung der Region. Das erfolgreiche „Erneuerbare Energien Gesetz“ muss unbedingt erhalten bleiben.

Der Freistaat Bayern muss in den kommenden 10 Jahren den Schwerpunkt seiner Investitionstätigkeit auf die Förderung von Effizienztechniken und die energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude legen, auf optimale Wärmedämmung, die Erneuerung der Heizungsanlage, moderne Umwälzpumpen und gesteuerte Wärmerückgewinnung. Außerdem sind alle Elektrogeräte in öffentlichen Einrichtungen spätestens bei der nächsten anstehenden Erneuerung auf den höchsten Stand der Energiesparteknik zu bringen. Mehr als ein Drittel des derzeitigen Energiebedarfs lässt sich so einsparen. Um den Restbedarf decken zu helfen, ist die Nutzung erneuerbarer Energien bei Neubauten und Renovierungen von Altbauten gesetzlich vorzuschreiben.

Bayern muss sein Windkraftdefizit abbauen. Die Windkraft wurde in Bayern vernachlässigt. In allen geeigneten Regionen müssen Vorrangstandorte ausgewiesen werden, an denen Investoren Windkraftanlagen errichten können. Durch Vorranggebiete wird der Landschaftsschutz gewährleistet. Sollten in den nächsten Jahrzehnten bessere Formen der Energieerzeugung gefunden werden, lassen sich Windräder rückstandsfrei und problemlos abbauen, Atomkraftwerke und Verbrennungsanlagen fossiler Energieträger nicht. Deshalb, und wegen der nicht beherrschbaren Gefahren der Kernkraft ist der sofortige Atomausstieg unabdingbar. Das Landesentwicklungsprogramm ist entsprechend zu verändern und zu ergänzen.

b) im Bereich der Verkehrspolitik

Die Lobby der Autokonzerne hat bei uns bisher ein Tempolimit verhindert, obwohl hohes Tempo Energieverschwendung und große Unfallrisiken bewirkt. Auch die langfristigen Exportchancen und die Sicherung der Arbeitsplätze erfordern eine

andere Produktausrichtung als die am unzeitgemäßen Tempowahn. Statt den Konzerninteressen zu dienen, muss die Staatsregierung die ursprünglich für den Transrapid vorgesehenen gigantischen Summen für den Ausbau der Schienen- und Busverbindungen in den Regionen Bayerns verwenden. Ein leistungsfähiges Schienennetz ist für ein zukunftssicheres Verkehrssystem unverzichtbar; das Schienennetz muss wie das Straßennetz in öffentlich rechtlichem Eigentum bleiben – Bürgerbahn vor Börsenbahn.

Für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr sollen künftig die Bezirke zuständig sein, damit Buslinien nicht mehr an Landkreisgrenzen enden.

Das Flugzeug ist das umweltschädlichste Verkehrsmittel. Dass der Flugverkehr immer noch steuerfrei betrieben werden kann, ist ein Skandal. Innerdeutsch und innereuropäisch wäre eine Besteuerung sofort möglich. Durch das Verbot von Tankzuschüssen und durch die Kerosinsteuer sind auch so genannte Billigflieger zu realistischer Preisgestaltung zu veranlassen.

Die ÖDP kämpft gegen die 3. Startbahn am Münchner Flughafen und gegen den Ausbau von Regionalflughäfen.

2. Heimat erhalten: Natur erhalten, Biodiversität fördern, Biotopverbundnetz aufbauen, Flächenverbrauch und Zersiedelung beenden.

Die ÖDP fordert Bestandsschutz für Flora-Fauna-Lebensräume, die Sanierung geschädigter Bereiche und die Vernetzung der Biotope. Leider setzte die bisherige CSU-Staatsregierung europäische Richtlinien zum Schutz der Lebensräume nur sehr zögerlich um, täglich werden auch in Bayern viele Hektar freier Fläche für Siedlung, Gewerbe und Verkehr denaturiert und die Lebensräume für Tier- und Pflanzenwelt zerstört.

So wie die ÖDP seit langem für die frei fließende Donau kämpft, unterstützt sie die örtlichen Initiativen und die Naturschutzverbände bei ihrem Einsatz gegen eine Autobahn durch das Isental. Eine Zerstörung des Fluss-Systems Donau als Lebensraum einer ganz spezifischen Flora und Fauna und die Zerstörung des weitgehend unberührten Isentals wären unumkehrbar.

Um die Artenvielfalt zu erhalten, müssen die Mittel für den Vertragsnaturschutz langfristig gesichert und deutlich aufgestockt werden.

Wir setzen uns für eine Reform der Bayerischen Bauordnung ein, damit der weiteren Bodenversiegelung Einhalt geboten werden kann. Verdichtetes Bauen in Kerngemeinden hat Vorrang vor dem Ausbreiten der Städte und Dörfer ins bisher unbebaute Umland. Um den Wildwuchs bei Gewerbegebieten abzustellen, wollen wir, dass die Gewerbesteuer künftig an Landkreis und kreisfreie Städte fließt, damit nicht jede Gemeinde um Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bemüht

ist. Als Ausgleich für den Einnahmeverlust bei den Gemeinden ist die Kreisumlage drastisch zu senken. Die Kosten für die Infrastruktur von Gewerbegebieten sind nach der Neuordnung vom Landkreis an die jeweilige Gemeinde zu erstatten.

3. Förderung einer bäuerlichen, ökologischen und gentechnikfreien Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Tierschutz.

Die Förderung gentechnikfreier Landwirtschaft muss als Staatsziel in der bayerischen Verfassung verankert, der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf den Staatsgütern gestoppt werden. Bayern legt die einschlägigen EU-Bestimmungen besonders strikt aus und weist alle Kommunen per ministeriellen Schreiben darauf hin, dass die Erklärungen gentechnikfreier Zonen illegal sind. Was aber in Österreich und Frankreich möglich ist, muss auch in Bayern möglich sein.

Landwirte, die auf ökologischen Landbau umstellen, sollen in den ersten beiden Jahren eine höhere Förderung erhalten, weil diese Jahre die schwierigsten sind. Wir setzen uns für den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft ein und streben eine flächendeckende Pflege der Kulturlandschaft an. Dazu muss den Bauern eine existenzsichernde Grundprämie gezahlt werden, in der Höhe abhängig vom Arbeitsplatzangebot auf dem Hof, mit Zuschlägen für besondere Leistungen im Tierschutz, im Artenschutz, und bei der Schonung von Böden und Trinkwasser.

Wir fordern, Massentierhaltung und Transporte von lebenden Tieren über lange Strecken zu verbieten – keine Lebendtiertransporte über 100 km. Anerkannte Tierschutzverbände müssen Klagerecht erhalten. Die Tierhaltung muss für den Verbraucher erkennbar sein, eine Kennzeichnung ähnlich derjenigen bei Eiern ist besonders beim Angebot von Geflügel notwendig.

4. Gewässer, Moore und Auen schützen

Siehe Punkt 2

5. Vorbildliche Waldwirtschaft durchsetzen

Der Staatswald hat unter der „Forstreform“ gelitten. Wir fordern eine ökologische Forstpolitik statt totaler Ökonomisierung. Der Staatswald ist unser aller Wald. Er hat viele Funktionen: Luftreinhaltung, Bindung von CO₂, Wasserspeicher, Lawinenschutz, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Ort der Erholung. Diese Daseinsvorsorge darf nicht finanziellen Interessen geopfert werden.